

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aussermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen liegen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Porto-Ausschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 6-8.

Die schlagende Hauptzeitschrift über deren Namen kostet 4,- M. einschließlich Kreuzungsausschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kreuzungsausschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Briefkasten-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeige in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreis: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4602, 4635, 4648, 4822.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Import ausländischer Landproletarier

Seit der Revolution ist der Deutsche Landarbeiterverband zu einer der an Mitgliederzahl und an Einfluss bedeutungsvollsten Gewerkschaften angewachsen. Gegen den heftigen Widerstand der Agrarier hat er, anfangs getragen von der Stimmung der Revolutionsmonate, späterhin gestützt auf die Massen seiner Mitglieder, in weiten Bezirken des flachen Landes den Unverschämtheiten der Agrarier ein Ziel gesetzt. Systematisch arbeitet der Landarbeiterverband daran, das Arbeitsverhältnis auch auf dem Lande durch kollektive Arbeitsverträge zu regeln.

Das Agrariertum, anfangs ein wenig verschüchtert, schloß sich sehr schnell zum Widerstand gegen den gewerkschaftlichen Kampf des Landproletariats zusammen. Zahlreiche Landarbeiterstreiks des Jahres 1919 sind auf diesen Widerstand und auf Provokationen der Agrarier zurückzuführen. Dennoch gelang es in vielen Bezirken, Tarifverträge für Landarbeiter durchzusetzen, die dem Landarbeiter wenigstens ein annähernd menschenwürdiges Dasein gewährleisten, vor allem in bezug auf die Wohnungsverhältnisse, die vom ländlichen Ausbeutertum in schamlosester Weise vernachlässigt worden waren. Es ist noch in aller Erinnerung, welche unwürdigen Behausungen den Landarbeitern gerade auf den größten und reichsten Gütern zugemutet wurden.

Diese glücklichen Zeiten lehnt das Agrariertum zurück. Ihre Gegenwehr gegen die Einführung von Tarifen für Landarbeiter suchten sie zunächst zu organisieren durch die Einrichtung von gelben Helotenorganisationen als sogenannte Arbeitergruppe des Deutschen Landbundes, der konterrevolutionären Kampforganisation der Landwirte. Das gelang nicht, weil es dem Landarbeiterverband möglich war, diese ohnehin zahlenmäßig schwachen Gruppen überall von den Tarifverhandlungen auszuschließen und so damit überhaupt für die Dauer unmöglich zu machen.

Nunmehr beginnen die Landwirte andere Mittel anzuwenden. Um die Tätigkeit der Landarbeiterorganisation unwirksam zu machen, kommen sie zurück auf ein in wilhelminischer Zeit trefflich erprobtes Mittel: die massenhafte Heranziehung ausländischer Landarbeiter.

In der Nr. 3 der „Sächsischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift“, einem Organ des sächsischen Landesagrarrats, wird mitgeteilt, daß die Vermittlung von ausländischen Arbeitern durch die Abfertigungsstelle Dresden der Deutschen Arbeiterzentrale erfolgen könne. Nach der Darstellung des halbamtlichen Blattes gelangen zur Vermittlung Arbeiter aus Polen und aus der Tschechoslowakei, und zwar Deutsche, Slowaken und Ruthenen. Die Beschaffung von Polen, heißt es weiter, wird wesentlich erleichtert, wenn Vorarbeiter bzw. Gruppenführer zu den gewünschten Arbeitertrupps bestellt werden. Die Arbeiter aus der Tschechoslowakei, in der Mehrzahl weibliche Personen, nehmen nur in größeren Partien von zwanzig aufwärts, unter Führung eines eigenen Partieführers Arbeit an.

Die Form der Vermittlung von ausländischen Landproletariern geschieht also genau in der gleichen Weise wie in den herrlichen Zeiten des alten Regimes, nämlich indem ein Vermittler als Truppführer die ununterrichteten und unorbereiteten Bauernjungen in Garn gegangenen Männern und Frauen an den Agrarier verschahert. Zur näheren Erläuterung wird in dem Artikel gesagt, daß durch den Partieführer, „der bedeutenden Einfluß auf die Arbeiter hat, der Verkehr zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehr erleichtert“ wird. Trübsalig wird ferner berichtet: „Neigung zum Arbeitsstellenwechsel besteht bei den Slaven nicht.“

Das ländliche Idyll vorrevolutionärer Zeit ist also hergestellt. Und das Agrariertum läßt es sich etwas kosten. Ein Tarif, der ebenfalls an der gleichen Stelle veröffentlicht wird, sieht Löhne vor, die mit Einschluß der in Aussicht gestellten Naturalien höher zu bewerten sind, als die tarifmäßigen Löhne der deutschen Landarbeiter. So werden für Männer und starke Burden Tagelöhne von 8,80 M. bei acht Stunden, von 11 M. für zehn Stunden, von 12,10 M. für elf Stunden Arbeitszeit gezahlt, für Frauen, Mädchen und Burden 7,20 bzw. 9 und 9,90 M. Diese Löhne gelten für die Arbeiter aus Polen, während die Löhne für die Arbeiter aus der Tschechoslowakei etwas geringer sind. Dazu werden reichliche Naturalien in Aussicht gestellt, die dem Partieführer immer vier Wochen im voraus verabfolgt werden.

Dieses Kapital ist gut angelegt. Das Agrariertum weiß, daß diese höheren Löhnen sich glänzend bezahlt machen werden, weil ausländischen Arbeiter in Deutschland die Teilnahme am gewerkschaftlichen Kampf zwar nicht prinzipiell verboten ist, aber durch Polizeischikanen und Ausweisungsdrohungen unmöglich gemacht werden kann. Die Grundbesitzer sind auch sicher, daß die Polizeiorgane nicht zögern werden, ihren Winken zu folgen, falls diese in ein fremdes Land mit fremder Sprache verführten

## Beginn der Ententekonferenz

### Auflösung der Einwohnerwehren

11. Genf, 24. Januar.

Die Ententekonferenz wird heute im Ministerium des Neußern unter dem Vorsitz von Briand eröffnet werden. Die Verhandlungen über die Entwaffnung Deutschlands und über die Tilgung der deutschen Kriegsschuld werden sich nicht so schnell abwickeln, als die französische Regierungspresse glauben zu machen sucht. In bezug auf die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern soll England damit einverstanden sein, daß Bayern eine Frist von höchstens drei Monaten gesetzt wird; dagegen besteht noch vollständige Ungewissheit in bezug auf die Regelung der Verhältnisse in Ostpreußen. Was die Festsetzung der deutschen Kriegsschuldungen anbelangt, so ist, wie die Agence Havas nunmehr zugibt, mit dem entscheidenden Verlangen Belgiens nach einer endgültigen Festsetzung der deutschen Kriegsschuld zu rechnen. Briand hat sich in der Kammer gegen diese sofortige Festsetzung einer Rauschsumme erklärt. Er möchte durch die Zulassung von Abschlagszahlungen den im Versailles Vertrag festgesetzten Termin, den 1. Mai 1921, hinausschieben. Die französische Regierungspresse läßt es im Zweifel, ob die Zustimmung Englands zu diesem Programm bereits erfolgt ist.

### Nachgiebigkeit in der Entwaffnungsfrage?

Paris, 23. Januar.

Der Londoner Berichterstatter des „Tempo“ meldet, daß die Hoffnung auf eine baldige Einigung in der so wichtigen Entwaffnungsfrage gestiegen sei, da man in Frankreich eine Tendenz festzustellen glaube, die sich dem englischen Standpunkt nähert, der darauf hinausgehe, eine Entspannung in Europa herbeizuführen, ohne die berechtigten Interessen der alliierten Länder zu opfern. Aus diesem Grunde habe sich auch die englische Regierung wenig geneigt gezeigt, starke Mittel anzuwenden, möge es sich nun um die Entwaffnung Deutschlands oder um die Reparationsfrage handeln. Der zukünftige Frieden könne nach der Ansicht der englischen Regierung besser sichergestellt werden, wenn man zur Ueberredung, also zum diplomatischen Druck, seine Zuflucht nehme, also nicht zu Zwangsmahnahmen, wie zur Besetzung neuer Gebiete, schreite. Wenn die Regierung in Berlin erkläre, sie könne die Einwohnerwehren in der vorgeschriebenen Frist nicht auflösen, und wenn dies wahr sei, sei die einzig vernünftige Lösung die, ihr eine neue Frist zu bewilligen. Mehrfach lautende Stimmen werden von anderer Seite gemeldet.

### Ein Urteil über die Politik der Entente

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“

Wien, 24. Januar.

Der tschechische Außenminister Benes erklärte im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, die Ententestaaten würden die Rückkehr der Hohenzollern ebensowenig zulassen wie die Rückkehr der Habsburger. Das sei auch bei der Völkerversammlung in Genf festzustellen worden. Dieser Standpunkt der Entente entspreche auch der Taktik gegenüber dem König Konstantin von Griechenland, dessen Stellung schon in den nächsten Monaten unmöglich sein werde. Einem italienischen Korrespondenten gegenüber erklärt Benes, daß das bolschewistische Regime sich gefestigt habe. Zum Kampf gegen den Bolschewismus wären Millionen Armeen und Milliardenbudgets erforderlich. Es sei notwendig, eine ganz neue politische Linie Rußland gegenüber zu schaffen. Was Polen anbetreffe, so halte er einen polnisch-russischen Krieg für wahrscheinlich.

### Georgien und Sowjetrußland

Tiflis, 22. Januar.

Die georgische Regierung macht amtlich bekannt, daß die russische Sowjetregierung den am 14. November 1920 mit Georgien abgeschlossenen Handels- und Transitvertrag

systematisch und in größtmöglicher Weise verletzt. Durch diesen Vertrag hat sich die Sowjetregierung verpflichtet, dem Georgischen Staate monatlich eine Million Pud Naphtha zu liefern im Austausch gegen Steinkohle, Lehmziegel, Holz und anderes Baumaterial aus Georgien. Bloß drei Wochen hat die Sowjetregierung die Vereinbarung eingehalten. Am 5. Dezember wurde die Lieferung von Naphtha eingestellt und am gleichen Tage beschlagnahmten die Sowjetbehörden in Baku die aus Tiflis dorthin geschickten georgischen Eisenbahnzüge mit 240 Naphthazisternen und 12 Lokomotiven und verhafteten auch das Personal dieser Züge — 24 Lokomotivbrigaden und 12 Konduktorbrigaden. Von der Arbeiterbrigade der Sowjetregierung wurde das Personal zwangsweise in den Dienst der Arbeiterbrigade eingezogen.

Das georgische Ministerium des Auswärtigen erhebt energischen Protest gegen diese Rechtsverletzungen der Sowjetregierung, die einen Sturm der Entrüstung in allen Schichten des georgischen Volkes, ganz besonders bei der Arbeiterschaft, hervorgerufen haben.

### Machts den Sachsen nach!

#### Erstrebliche Fortschritte der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Rechtssozialisten rühmen sich ihres sich angeblich ständig vergrößernden Parteiapparates, die ihnen nach ihrer Meinung die günstigsten Aussichten auf die kommenden Landtagswahlen in Preußen eröffnen. Die Kommunisten wiederum unternehmen täglich neue Aktionen zur Spaltung der proletarischen Organisationen und rufen mit dem militärischen „Sturmriemen unter Rinn“ zur Zerstümmung des letzten Bollwerks der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften auf. Auch die Kommunisten haben nur parteiegoistische Zwecke im Auge; sie glauben mit solchen Dingen ihr Wahlsüpplein locken zu können. Die Unabhängige Sozialdemokratie besitzt weder eine Wahlmaschine, wie die Rechtssozialisten, noch bedient sie sich der demagogischen Methoden der Kommunisten. Sie arbeitet unablässig daran, die Arbeiter zur sozialistischen Erkenntnis zu bringen und die für den proletarischen Kampf notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen. Daß uns bei solcher Arbeit die Erfolge nicht ausbleiben können, das lehrt wiederum deutlich das Ergebnis zweier Stadterordnetenwahlen, die am Sonntag in Sachsen stattgefunden haben. Ein Privattelegramm meldet uns darüber:

Gestern fanden in Freiberg i. S. und in Schandau i. S. die Stadterordnetenwahlen statt. Die U.S.D. erzielte in Freiberg 3179 Stimmen, bei der letzten Landtagswahl 1647 Stimmen. In Schandau erhielten wir bei der letzten Stadterordnetenwahl keinen Vertreter, diesmal 4. Die Stimmen haben sich in Freiberg verdoppelt, in Schandau verdreifacht. Die Schlappete der letzten Landtagswahl, die durch besondere Umstände bedingt war, ist also glänzend wieder ausgeweht. Bemerkenswert ist für die Freiburger Wahl, daß die Kommunisten absolut verjagten. Sie erhielten nur 143 Stimmen. In Schandau gingen die Kommunisten überhaupt leer aus. In beiden Orten war schon bei der letzten Stadterordnetenwahl eine bürgerliche Mehrheit zu verzeichnen.

Machts den Sachsen nach! So rufen wir unseren preussischen Parteigenossen zu. Zeigt euch den sozialistischen Erbes würdig, das ihr zu verwalten habt, nützt die bevorstehenden Landtagswahlen aus, um das Proletariat auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu sammeln, beweist der Welt, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Massenpartei des revolutionären Proletariats nicht nur war, sondern künftig erst recht sein wird! Eine gewaltige Stimmenzahl für die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie: das bedeutet eine mächtige Kundgebung des deutschen Proletariats für den Klassenkampf, für die soziale Revolution, für die Verwirklichung des Sozialismus!

Proletariat es wagen sollten, auffällig zu werden. Auf diese Weise sucht man sich gefügige Elemente zu sichern und den geschlossenen Kampf der deutschen organisierten Landarbeiter überdies dadurch lahmzulegen, daß man die Arbeitslosigkeit auf dem Lande vermehrt und die Stellung der Gewerkschaft dadurch erschwert. Auch gegen die Flucht der importierten Lohnslaven ist Vorkehrung getroffen dadurch, daß z. B. für die Arbeiter aus der Tschechoslowakei die Löhne nur sehr unwesentlich zahlbar sind, so daß die meisten Arbeiter immer für längere Zeit keine Mittel zur Reise besitzen. Und alles das geschieht in einer Zeit, da deutsche Arbeiter an monatelanger Arbeitslosigkeit mit ihren Familien zugrunde gehen. Es geschieht durch die Vermittlung einer Behörde, nämlich durch den sächsischen Landesagrarat. Es ist dringend erforderlich, daß die sächsische Regierung sich sofort für diese Angelegenheit interessiert. Aber auch für Preußen kommen diese Mitteilungen gerade zurecht, um der preussischen Arbeiterschaft noch zu den Landtagswahlen die Augen zu öffnen über die Art,

wie die Patrioten am „Wiederaufbau Deutschlands“ arbeiten. Die Ausbreitung solcher Angewohnheiten muß auf alle Fälle verhindert werden, und die Anfänge sind im Keime zu ersticken. Und zwar unverzüglich. Nicht aus Haß gegen die ausländischen Arbeitsbrüder hat sich die Arbeiterschaft gegen derartige Dinge zu wenden. Sie muß sich aber davor hüten, daß unorganisierte Arbeitermassen, durch Bauernsänger ins Land gelockt, zu Heloten des ländlichen Ausbeutertums entwürdigt und damit als Hemmschuh für die deutsche Gewerkschaftsbewegung mißbraucht werden. Alles das ist ein Grund mehr, weshalb die preussische Arbeiterschaft bei den Landtagswahlen alles daransetzen muß, die Position der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Parlament zu stärken und dadurch die Macht jener Kampftruppe des deutschen Proletariats zu erhöhen, die den Kampf gegen die junkerliche Reaktion unter Ablehnung aller feigen Kompromisse mit äußerster Energie führt.



# Der italienische Parteitag

(Vierter Verhandlungstag.)

Divorno, 18. Januar 1921.

Was gestern als möglich und unmittelbar bevorstehend erscheinen konnte, das Zusammengehen der beiden kommunistischen Fraktionen, ist heute wieder unwahrscheinlich geworden. Und dies nicht so sehr durch die etwa von den einzelnen Fraktionen abgegebenen Erklärungen, als hauptsächlich infolge eines Zwischenfalles, der deutlicher wie alles zeigte, bis zu welchem Siedepunkt die Erregung des Kongresses gelangt ist. Im Verlaufe des Nachmittags fand es nämlich zu einer tatsächlichen Kauferei. Baccica, der als erster Redner an diesem Nachmittag für die intransigenten Revolutionäre sprach, wurde gleich mit einem höllischen Lärm empfangen und fortwährend von der extremen Linken unterbrochen. Insbesondere gingen diese Unterbrechungen von der nahe des Rednerpults befindlichen kommunistischen Aus, in der unter anderen auch Bombacci saß. In einem oben neu ausgebrochenen Zwist sieht man, wie Bombacci dem Redner aus der Loge einen Revolver entgegenhält, was einen unbeschreiblichen Tumult auslöst. Bombacci wird entfernt, worauf sich im Hintergrund der Vorstandstrübe ein Handgemenge entspinnt. Aus dem Parteitag springen Extremisten über die Pressefische hinweg auf die Bühne. Der Lärm legt sich erst wieder nach fast einer Stunde, als die Kongressleitung in einer Erklärung den Vorfall wie folgt darstellt: Baccica hatte Bombacci in Erwiderung eines Zwischenrufes einen „Revolutionär des Taschenspielführers“ genannt und hierbei sein Taschenspielführer gezeigt. Als nämlich kürzlich Bombacci in einem Kasse von bewaffneten Faschisten überfallen wurde, hatte er diesen erklärt, ein durchaus friedliebender Mensch und nicht einmal in Besitz eines Taschenspielführers zu sein. Diese Anspielung des Redners habe Bombacci durch den Hinweis auf seinen Revolver offenbar nur entkräften wollen. Die Absicht, Baccica zu drohen, habe Bombacci nicht damit verbunden.

Am Vormittag sprach Baldosi für die „sozialistische Sammelgruppe“. Er führte etwa aus: Wir bewegen uns nicht auf der linken Linie, die uns Moskau vorzeichnen will. Wir rechnen mit den Realitäten und Notwendigkeiten. Damit, daß dem Proletariat von ihm noch unverständliche Forderungen, wie die Produktionskontrolle eingegeben werden, ist der proletarischen Bewegung nicht im mindesten gedient. Wenn das Proletariat so nachdrücklich für revolutionäre Forderungen eintreten würde, wie es sich für kleine Lohnhöhungen einsetzt, dann würden die Gewerkschaften mir willkommen gefördert werden.

Beachtenswert sind die von Baldosi über die gewaltige Verschiedenheit zwischen Nord- und Südtal gemachten Ausführungen. Die Bourgeoisie findet in dem noch räuberischen Proletariat des Südens ihre beste Hilfe. So lehnt sich die ganze Militärpolizei nur aus dem südtaligen Proletariat zusammen, das sich einerseits aus Unwissenheit, andererseits durch den Hunger getrieben, dazu hergibt, Baldosi fordert daher eine planmäßige Propaganda- und Aufklärungsarbeit in Südtal.

Baccica, der die Rednerreihe des Nachmittags eröffnet, gehört zu den „intransigenten Sozialisten“, für die schon der alte geschätzte Vorläufer Lazari gesprochen hat.

„Wenn ich auch nur für eine kleine Gruppe spreche“, so führte Baccica aus, „so spreche ich doch für die Fraktion, die noch bis vor kurzer Zeit die Mehrheit in der Partei dargestellt hat. Seit dem Kongreß von Bologna hat sich bei uns die Illusion verbreitet, daß wir am Vorabend der Revolution stehen. Seit 14 Monaten leben die Massen der Partei in dieser Illusion, da aber die Revolution bisher ausgeblieben ist, so hat eine große Enttäuschung Platz gegriffen. Die Mitgliederzahl hat sich seit Bologna vervierfacht, die Partei hat tiefen Zuwachs aber nicht zu verdauen vermocht. Gerade dieser Zuwachs bringt die Partei nun auch in die größte Gefahr. Zur Aufklärung, Erziehung und Einführung des Proletariats in die Geheimnisse der Produktion und die Wirtschaft gehören Jahre.“

Eine weitere Gefahr bildet die seit Bologna herrschend gewordene Auffassung, daß die Revolution nur mit Gewalt durchzuführen sei. Ich erinnere an eine Rede, welche Karl Marx 1872 in Amsterdam gehalten und in welcher er Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gemacht hat. So hat Marx beispielsweise für Amerika und England damals die Auffassung vertreten, daß die Bewirtlichung des Sozialismus nur durch einen friedlichen Wege möglich sei. Moskau wirft uns vor, daß wir die Revolution machen könnten, wenn wir nur wollten, aber mit unseren Mitteln können wir in absehbarer Zeit an eine Zertrümmerung der Bourgeoisie nicht denken.

Baccica wirft dann die Frage auf, was am Nachteile einer Revolution in Italien sein wird. Daß dem Proletariat vom Ausland irgendwelche Hilfe gebracht wurde, hält Baccica für völlig ausgeschlossen. Sowohl in Amerika wie in England sei das Proletariat völlig ohnmächtig, und es sei nicht einmal zu erwarten, daß dieses auch nur die Neutralität seines Landes gegenüber Italien durchsetzen könne. Italien aber beziehe den weitaus größten Teil seiner Rohstoffe aus dem Ausland, und eine Störung dieser Verbindungen würde notwendigerweise zu einer Stilllegung der Produktion führen, deren Folgen gar nicht abzusehen sind. Die erste Folge würde ein Kampf zwischen Bauernschaft und Industrie-Proletariat sein. Baccica fordert zum Schluß, daß alle bisherigen proletarischen Organisationen gekürzt werden, die ebenso wie die heute in den Händen des Proletariats befindlichen Gemeinden eine bedeutende Borarbeit für den Sozialismus leisten und keine Bewirtlichung erleichtern können. Hinsichtlich der Moskauer Bedingungen erklärt Baccica, daß sich seine Gruppe der Entscheidung des Kongresses fügen werde. Sollte der Kongreß die Bedingungen annehmen, so würde sich auch seine Fraktion dem anschließen, sich aber das Recht zur Kritik bewahren.

Alsdann richtet Tichiovelli namens der Fraktion Graziadei an die Kommunisten einen Ruf zur Sammlung und wiederholt die schon von Graziadei abgegebene Erklärung, daß, falls die Serrati-Gruppe diesem Ruf nicht folge, die von ihm vertretene Fraktion mit den Extremen gehen werde.

Als letzter Redner spricht der Bauerndeputierte Abbo (Einheitskommunist). Seine außerordentlich temperamentvolle Rede ist von starken Gefühlsmomenten getragen. Damit schließt der vierte Kongreßtag.

## Wieder eine Hausfuchung

Von Justizrat Viktor Fraenkl wird uns mitgeteilt, daß bei ihm am Sonnabend von 4 Beamten der Berliner und der Dresdener Polizei eine Hausfuchung abgehalten worden sei. Der Anlaß dazu habe die Annahme der Dresdener Staatsanwaltschaft gegeben, daß er mit Hitz in Verbindung stehe. Obwohl Fraenkl gegen diese Verletzung des ihm obliegenden Berufsgeheimnisses sofort protestierte, wurde die Hausfuchung fortgesetzt, sie erstreckte sich auf alle Bureau- und Wohnräume und machte auch vor den intimsten Orten keinen Halt. Justizrat Fraenkl hat sofort bei den zuständigen Stellen gegen diese gesetzwidrige Handlung Protest eingelegt. Die Öffentlichkeit muß sich diesem Protest anschließen und verlangen, daß gegen die Schuldigen an diesem Vorgang sofort und nachdrücklich vorgegangen wird.

Eine Konsumgenossenschaftliche Fabrikgründung. Unter der Firma Solinger Stahlwarenproduktion Solingen-Ohligs G. m. b. H., wurde eine Stahlwarenfabrik gegründet, an der die Konsumvereine des Bezirkes finanziell hervorragend beteiligt sind; der Abfall der Stahlwaren soll vorwiegend an Konsumvereine erfolgen.

33 Millionen Mark Reingewinn in neun Monaten und eine Verzehnfachung gegenüber dem vorjährigen Reingewinn prägte die Übersichtsliche Eisenbahndarfst. A. G. aus ihren Arbeitern heraus, obwohl von den Betriebsanlagen 10 Millionen Mark abgeschrieben wurden. Kein Wunder, daß die Divisionen von 6 auf 25 Prozent erhöht werden konnte, während das Kapital sich von 48 auf 64 Millionen Mark erhöht hatte!

# Groß-Berlin

## Öffentliche Wählerversammlungen

Lichtenberg. Dienstag abend 7 Uhr in der Aula an der Mühlendorferstraße. Referent: Hg. Ludwig-Hagen. Freie Aussprache.

Weißensee. Dienstag abend 7 Uhr im Albrechtshof, Parkstraße 13. Referent: Genosse Brühl. Freie Aussprache.

Weißensee. Montag abend 7 Uhr in der Gemeindegemeinschaftshalle, Viktoriusstraße 23. Referent: Genosse Seger. Freie Aussprache.

## Ein deutsches Hunger-Essen

Vor einiger Zeit ging durch die bürgerliche Presse ein Bericht über eine Veranstaltung, die der amerikanische Lebensmittelkommissar Herbert Hoover getroffen hatte. In einem der prächtigsten Hotelpaläste New Yorks hat Hoover 960 geladenen Gästen ein Essen gegeben, das ihnen deutlich vor Augen führen sollte, wie schlecht es mit der Ernährung der Kinder in Zentraleuropa, insbesondere in Deutschland bestellt ist. Die Geladenen mußten auf einfachen Bänken Platz nehmen und die Speisen wurden auf Holztischen ohne Tischzeug serviert. Jeder Gast erhielt Wasser, dem keine Butter und kein Fett beigegeben war, in einem Steinguttopf. Dann gab es schlechtes Brot ohne Butter und etwas ungezuckerten Kakao. „So essen die meisten Kinder in Deutschland“, erläuterte Hoover, „soweit sie Familien angehören, die überhaupt das Geld für Reis und Kakao aufbringen können.“ Um den Gegensatz zwischen Amerika und Deutschland noch besser zu kennzeichnen, gelangte an einem Ende des Saales ein prächtig und sauber gedeckter Tisch zur Aufstellung, der mit Toularden, teuren Fischen, Pasteten und allerlei anderen Delikatessen beladen war, und vor dem ein bequemer Lederstuhl stand, der einen unsichtbaren Gast markierte. „So essen“, rief Hoover seinen Gästen zu, auf den Tisch deutend, „wir Amerikaner.“ Nachdem Hoover noch ein bewegliches Bild von den Notständen in Mitteleuropa entworfen hatte, forderte er seine Gäste auf, den Preis von je 1000 Dollar für das ihnen vorgelegte Hungeressen zu entrichten. 960000 Dollar, also beinahe 70 Millionen Mark wurden europäischer Kinderhilfe überwiesen.

Zu dieser Veranstaltung ist vom menschenfreundlichen Standpunkt nichts zu sagen, denn es ist zweifellos eine Tatsache, daß die Amerikaner eine außerordentlich umfangreiche Hilfsaktion durchführen. Das für alle Proletarier Interessante an der Geschichte ist ganz etwas anderes: Der Gegensatz zwischen dem Hungertisch und dem mit Speisen überladenen Tisch ist nämlich nicht der Gegensatz zwischen Deutschland und Amerika, sondern der Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Bürger- und Proletariat! Wir brauchen gar nicht nach Amerika zu schauen, um mit offen Lebenseinstimmigkeit das Elend zu sehen — hier bei uns, in dem verhungerten Deutschland, in dem ausgehungerten Berlin sehen wir deren nur allzu viele!

Errichtung einer Krüppelfürsorgestelle in Lichtenberg. Anfang Februar findet in Lichtenberg, Dohsestraße 8, die Eröffnung einer Krüppelfürsorge- und Beratungsstelle statt, in der bis auf weiteres jeden Donnerstag von 11 bis 12 Uhr vormittags eine Sprechstunde durch den ärztlichen Leiter abgehalten wird. Die Errichtung dieser Stelle ist auf das preussische Gesetz vom 6. Mai 1920 zurückzuführen, das die bisher nicht geregelte Krüppelfürsorge, soweit es sich um anfallsstufengebedürftige Kinder handelt, dem Landarmenverband auflegt, während das Gesetz die Kreise zur Unterhaltung einer Fürsorgestelle verpflichtet, die alle unter 18 Jahre alten Krüppel des Bezirks zu erfassen und zu überwachen hat, gleichzeitig aber auch Beratungsstelle für Krüppel ohne Unterschied des Alters und Vermögens sein soll. Um auch wirklich alle Krüppel unter 18 Jahren der Fürsorge zuzuführen, ist den Bezirken, Lehrern, Hebammen und sonstigen Fürsorgeorganen, die gelegentlich ihrer Berufsausübung bei jugendlichen Personen Verkrüppelungen wahrnehmen, eine Anzeigepflicht auferlegt, die sich auch auf die Fälle erstreckt, bei denen nur Anzeichen einer drohenden Verkrüppelung wahrgenommen werden. Diese Anzeigen sind bis auf weiteres an das Jugendfürsorgeamt — Krüppelfürsorgestelle — Türschmidstr. 24, zu richten. Welche Bedeutung die Krüppelfürsorge gerade für Lichtenberg hat, beweist allein die Tatsache, daß von rund 20000 Lichtenberger Schulkindern etwa 800 ärztlich erkrankt wegen irgendeiner Verkrüppelung für den orthopädischen Turnunterricht namhaft gemacht sind. Dazu kommen noch die Krüppelkinder bis zum schulpflichtigen Alter sowie die bereits schulentlassenen Verkrüppelten bis zum 18. Lebensjahre, außerdem alle Krüppel ohne Unterschied des Alters, denen von der Stelle ärztliche Beratung zu gewährt ist. Die ärztliche Leitung der Krüppelfürsorgestelle ist dem Stadtarzt Dr. med. Rung übertragen.

Radabkommunisten in Cöpenick. Am Freitag tagte endlich nach einer langen Pause die Bezirksversammlung des 16. Verwaltungsbezirks. Mit 24 Tagesordnungspunkten versprach sie diverse Heberaktionen, die dann auch nicht ausblieben. Bei Eröffnung setzte sofort eine Geschäftsordnungsdebatte ein, da der Bezirksverordnete Kawroki (K. P. D.) eine Neuwahl der Bezirksleitung verlangte. Da die Rechte und die S. P. D. schwach vertreten waren, konnte sich der Vorsitzende über das Resultat nicht einig werden. Da erschienen noch zwei getreue Rannen und, unterbrochen von härmlichen Zurufen der Tribüne, die äußerst zahlreich besucht war, erklärte der Vorsteher Beske die Ablehnung der Neuwahl gegen die Stimmen unserer Genossen und der K. P. D. Darauf wurden die Bezirksverordneten Schmutzka (U. E. P.), der an Stelle des sein Mandat niederlegenden Bezirksverordneten Weber (K. P. D.) rückte, und Galle (S. P. D.) in ihr Amt eingeführt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurden die Ausschüsse für die Wahl der Bezirksamtsmitglieder und der Geschäftsordnung gewählt. Von unserer Seite wurden die Genossen Lampe, Lorenz und Mohr hindelegiert. Ein Antrag des Wohlfahrtsamts auf Schaffung von Wohnbaracken und Wohnhäusern entfiel in eine lebhaft geführte Debatte, die sich von Zeit zu Zeit durch unqualifizierte Zwischenrufe der Tribünenbesucher zu tumultuarischen Szenen auswuchs. Von unserer Seite brachte Genosse Mohr unseren prinzipiellen Standpunkt zum Ausdruck. Waren schon die Bogen der Erregung bei diesem Tagesordnungspunkte, der mit einer einstimmigen Entscheidung erledigt wurde, sehr hoch gegangen, so wurden sie bei Erörterung der Arbeitslosenfrage noch gesteigert. Wir sind der Meinung, daß solche Szenen, deren Vorbilder man sich anscheinend in den bekannten Berliner Vorgängen im Rathaus gesucht, einer ersprießlichen Tätigkeit hindernd in den Weg stellen müssen. Die Ausführungen der Redner der K. P. D. Kawroki und Kohde wurden mit härmlichem Beifall und drastischen Zurufen begleitet, während die Ausführungen von Meier (S. P. D.) und Dr. Steninger sowie Stein (bürgerl.) durch den tosenden Lärm oft unverständlich waren.

Gen. Lampe beschloß die Arbeitslosenfrage und die Lösung dieses gesellschaftlichen Problems in arbeitslosen Ausführungen, deren Eindruck sich auch die Bürgerlichen nicht entziehen konnten. Auch diese Frage wurde dann durch eine einstimmige Entscheidung dem Berliner Magistrat überwiesen.

Am 10 Uhr beantragte Stein (bürgerl.) auf Grund der weiten Entfernungen, die die einzelnen Bezirksverordneten zurücklegen hätten, Verjaugung, die dann auch Annahme fand.

Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion betreffs der Regelung der Gasverhältnisse in Rahnsdorf, und ein Dringlichkeitsantrag der K. P. D. auf Schaffung eines Kohlen- und Holzver-

orgungsamtes wurden zurückgestellt. Letzterer Vorgang ist nochmals härmliche Unterbrechungen aus und so fand diese Sitzung ein sehr unruhiges Ende.

Hoffen wir, daß solche unergieblichen Szenen uns in Zukunft erspart bleiben und das Bezirksamt wie auch die Bezirksversammlung des 16. Bezirks recht bald in die Lage versetzt werden, professionelle und positive Kommunalpolitik zu treiben. An unserer Mitarbeit soll es trotz der Widerstände, die sich von allen Seiten aufdrängen, nicht fehlen.

Auf der Ringbahn treten zurzeit der Hauptverkehrsstunden noch immer außerordentliche Ueberfüllungen der einzelnen Züge auf. Daher werden zwischen Westend und Schöneberg über den Nordring und Stralau-Kummelsburg zur Entlastung der bereits verkehrenden Züge noch zwei weitere Züge gefahren, die in Westend um 6.58 bzw. 7.08 vorm. abfahren und um 8.12 bzw. 8.22 vorm. in Schöneberg eintreffen. Sie werden dann von Schöneberg über Halensee um 8.38 bzw. 8.48 vorm. wieder nach Westend gefahren. Diese Verstärkung wird vom Freitag, den 23. d. Ms., an den Freitag vorgezogen. — Einen neuen wichtigen Anschlag an die Stadtbahn und an die westlichen Vororte erhält vom nächsten Sonntag, den 30. d. M. ab, der aus der Richtung Magdeburg um 12.03 nachts in Potsdam eintreffende Perlonenzug 397 (an Potsdamer Bahnhof 12.38 nachts) und zwar an den Sonntagen mit dem Zug 12.23 nachts ab Potsdam und an Werktagen mit dem Zug ab Potsdam 12.12 nachts nach der Stadtbahn über Charlottenburg bis Schleißer Bahnhof. Dieser Vorortzug hat in Wannsee seinerseits wieder Anschluss an den letzten Wannseebahnhof nach Zehlendorf uim. Die mit diesem Zuge in Berlin eintreffenden Reisenden können also durch Umsteigen in Potsdam bedeutend näher an ihr Reiseziel gelangen, ohne sich der Gefahr auszuweichen, am Potsdamer Bahnhof keine Fahrgelegenheit mehr zu treffen.

Kirchenwahlen haben gestern in allen Kirchengemeinden stattgefunden, um die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Kirchenrats zu wählen. Die Wahlen fanden vielfach nach Schluß des Gottesdienstes in den Kirchen oder auch in den Kirchengemeinden gehörigen Sälen statt. Der Wahlkampf ging zwischen Liberalen und Positiven, also Orthodoxen, in einigen Gemeinden waren auch Listen von sozialistischen Kirchenmitgliedern aufgestellt. Das Ergebnis ist noch nicht genau bekannt, wird aber an den bisherigen Zustand wenig ändern.

Die Kirchen-Oberrealschule wurde am 18. d. Ms. nach Abhaltung einer Feter geschlossen.

Wegen Erziehung des Polizeiwachmeisters Behnke ist ein Schiedsrichter ernannt worden.

Zu dem Morde an dem Jnder Singh wird mitgeteilt, daß verschiedene Verhaftungen erfolgt sind. Sehr eingehend ist die Familie Becker und die Frau des Ermordeten vernommen worden. Verdächtig ist ein Sohn der Beckerischen Eheleute.

Unter dem Verdacht, den indischen Studenten Schindler Singh ermordet zu haben, ist am Sonntag der Chauffeur Max Arnold in seiner Wohnung Leopoldstraße 3 in Lichtenberg verhaftet worden. Mit ihm ist sein in der gleichen Wohnung hausender Freund, der Schlosser Paul Kormin, unter der Beschlagnahme, Beihilfe an dem Verbrechen geleistet zu haben, festgenommen worden. Arnold war der Geliebte der Frau Singh, die das Geständnis abgelegt hat, daß sie davon unterrichtet war, daß Arnold ihr zuliebe ihren Mann umbringen wollte.

Große Beute machten Einbrecher in der vergangenen Nacht im Hause Neue Ansbacher Str. 18. Sie stahlen einen Perfortepich im Werte von 60000 Mark sowie eine goldene Herrenuhr und ein kostbares Nigaritenetui im Werte von insgesamt 12000 Mark.

Beim Spielen ertranken. An der Rödernbrücke stürzte gestern ein etwa 7jähriger Knabe beim Spielen auf der Uferböschung in den Landwehrkanal und ging sofort unter. Ein Notboot der Strompolizei fuhr sofort die Strecke ab, konnte aber weder das Kind retten noch die Leiche bergen.

Der Tod unterwegs. Im Flur des Hauses Fruchtstraße 66 fand in der vergangenen Nacht der Wächter des Grundstücks die Leiche eines etwa 45 Jahre alten Mannes auf, bei der sich keinerlei Papiere über seine Persönlichkeit voranden. Nach Ansicht eines Arztes dürfte ein Herzschlag dem Leben des Mannes ein Ende gemacht haben.

Vorausichtiges Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Etwas kälter, ziemlich heiter aber noch überwiegend bewölkt, mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.

## Gewerkschaftliches

### Die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung

Vom Bund der technischen Angestellten und Beamten war auf vergangenen Freitag eine Vollversammlung der gesamten Gemeindefunktionäre der neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin nach der Aula des Margarethen-Parkums in der Jfflandstraße, einberufen worden. Der Referent händler begründete die Zusammenarbeit des Bundes der technischen Angestellten und Beamten mit dem Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, dem Wertmeister-Verband, dem Zentralverband der Angestellten und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der „Freigewerkschaftlichen Arbeitergemeinschaft“ (F.A.G.). Dieser Zusammenstoß sei notwendig gewesen, um den reaktionären Bestrebungen des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens (Kombpa), entgegenzutreten zu können, der mit allen Mitteln veruche, die Beamtenschaft von der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung fernzuhalten. In der Diskussion traten der Geschäftsführer des Kombpa für Groß-Berlin — König — und sogar der Herr Direktor des Kommunalbeamten-Verbandes — Ehrmann — dem Redner entgegen. Sie mußten sich aber von den Diskussionrednern wie auch von dem Referenten in seinem Schlusswort lassen, daß die Gemeindefunktionäre von Groß-Berlin ihren rücksichtslosen Anschauungen keine Gefolgschaft leisten. Das zeigt auch folgende gegen eine Stimme angenommene Entscheidung, obwohl etwa 100 Mitglieder des Kommunalbeamten-Verbandes in dieser Versammlung anwesend waren:

Die am 21. Januar 1921 tagende, von etwa 1000 Technikern besuchte Vollversammlung, lehnt einmütig die Politik des preussischen Kommunalbeamten-Verbandes (Kombpa), ab und fordert die Bundesleitung nach wie vor ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.

Sie erklärt sich nach den eingehenden Referaten der Bundes- und Kombpa-Vertreter mit der Gründung der „F.A.G.“ einverstanden und gelobt treues Festhalten am Bundesprogramm und an den Richtlinien der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung.

### Mitgliederversammlung der graphischen Hilfsarbeiter

Gen. Barth referierte in einer überfüllten Versammlung im Gewerkschaftshaus am 21. Januar über die Frage: „Amsterdam oder Moskau“. Er führte aus, daß seit dem Parteitag in Halle nichts geschehen ist, weil der relative Wille des Proletariats nicht zur relativen Stärke umgemünzt ist. Wichtiger als jeden Proletariats müsse sein, Sowjet-Rußland lebensfähig zu gestalten. Der wichtigste Schlag für die Weltrevolution bedeute aber die Zerreißung des Proletariats in den verschiedenen Ländern. Die Kosten für die Sprengung der Gewerkschaften trage einzig und allein das Proletariat. Vom internationalen sozialistischen Standpunkt dürfte man von Moskau aus nicht auf Spaltung der Antiradikalen Internationalen hinarbeiten, sondern man müsse mit ihr marschieren. Durch die Spaltung müsse die Reaktion erstarken, Sowjet-Rußland aber geschwächt werden, daher muß jeder ehrlich denkende Proletarier für Geschlossenheit der Gewerkschaften eintreten. Nach dem Referat

